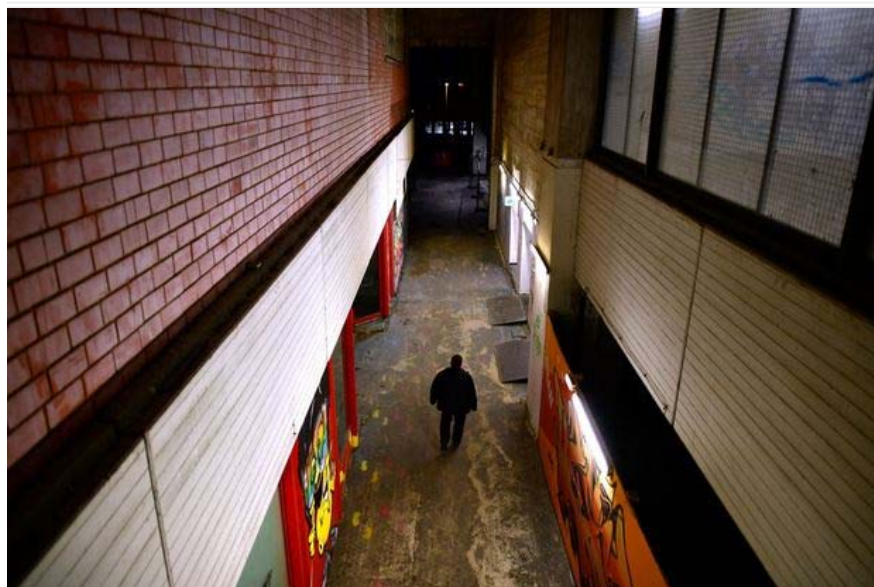


Mehr Sicherheit im Wohnumfeld

Niedersachsen will weniger Angst-Räume

Von Michael Evers und Silke Looden - 04.11.2016 - 0 Kommentare

Wenn es um mehr Sicherheit in Städten geht, kommt häufig der Ruf nach mehr Polizisten. Niedersachsen will nun neben der Polizei die Stadtplanung und Wohnungswirtschaft in Konzepte für mehr Sicherheit einbeziehen.



Ein schäbiges Umfeld – wie hier im Ihme-Zentrum in Hannover – verstärkt das subjektive Angstempfinden der Bewohner. (dpa)

Wenn es um mehr Sicherheit in den Städten geht, kommt regelmäßig der Ruf nach mehr Polizeibeamten auf der Straße. Niedersachsen will nun aber nach einem erfolgreichen Modellprojekt in Braunschweig, Emden und Lüneburg neben der Polizei die Stadtplanung und Wohnungswirtschaft in Konzepte für mehr Sicherheit einbeziehen. Es solle stärker auf eine sicherheitsrelevante Gestaltung des öffentlichen Raumes geachtet werden, sagte Landespolizeipräsident Uwe Binias am Donnerstag zum Abschluss der Modellstudie.

Dafür wurden mit Braunschweig-Weststadt, Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld drei Stadtteile ausgewählt, die in ihrer räumlichen und soziokulturellen Struktur stellvertretend für andere deutsche Städte stehen. Das Landeskriminalamt (LKA) und das Deutsche Institut für Urbanistik untersuchten dort, welche Orte von Bewohnern als unsicher empfunden werden, sogenannte Angst-Räume sind, und was Gefahrenorte sind, an denen es tatsächlich zu Kriminalität kommt. Danach wurde geschaut, wie man diese verändern kann. Die Ergebnisse der Studie sollen deutschlandweit Anwendung finden.

Intelligente Stadtplanung soll Sicherheit erhöhen

Konkret wurde über Kriminalität hinaus nach Missständen wie Lärm, Müll und Störfaktoren gesucht, die das nachbarschaftliche Miteinander beeinträchtigen, wie LKA-Projektleiterin Anke Schröder sagte. Zur Problemlösung gehöre bereits, Zuständige für mehr Beleuchtung oder Sauberkeit zu ermitteln, wichtig sei am Ende ein gemeinsamer Blick von Kommune, Polizei und Wohnungswirtschaft auf ein Quartier. Entscheidend gerade beim Neubau von Vierteln seien die Stellung der Gebäude zueinander, die Erreichbarkeit und Lage von Wegen, die Beleuchtung, Transparenz und die Möglichkeit sozialer Kontrolle.

„Wir legen Wert darauf, Straftaten nicht entstehen zu lassen“, sagte LKA-Präsident Uwe Kolmey. Dazu müssten Tatgelegenheiten im öffentlichen Raum reduziert werden. Dieser müsse ein Ort der Begegnung sein, Rückzugsmöglichkeiten bieten, aber keine Verstecke. Wie Landespolizeipräsident Binias sagte, sollten die alle zwei Jahre aus der Dunkelfeldstudie zu nicht angezeigter Kriminalität gewonnenen Erkenntnisse für eine intelligentere Stadtplanung genutzt werden.

Gestaltung des Wohnumfeldes ist Bewohnern wichtig

„Wir haben eine Phase massiver Neubauplanung, die größte seit dem Zweiten Weltkrieg, die Städte brauchen eine Expertise“, sagte LKA-Forschungsleiter Hartmut Pfeiffer. Gelernt werden könne aus Fehlern der Vergangenheit. Um alte Dorfkernherum etwa seien in vergangenen Jahrzehnten Neubaugebiete angelegt worden, die heute unter anderem von Einbrüchen betroffen seien – aus dem simplen Grund, dass sich dort tagsüber wenig Leute aufhalten.

Im alten Dorfkern hingegen sorgten Geschäfte, Schulen, die Kirche oder der Friedhof dafür, dass von früh bis spät Menschen unterwegs seien, und es eine soziale Kontrolle gebe. Eine ähnliche Durchmischung von Wohnen und öffentlichem Leben sei in künftigen Vierteln wünschenswert.

In Braunschweig, Emden und Lüneburg haben Stadtverwaltung, Polizei und Wohnungswirtschaft eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, sicherheitsrelevante Aspekte bei ihren Planungen stärker zu berücksichtigen. Eine Befragung zum Sicherheitsempfinden in den am Modellprojekt teilnehmenden drei Stadtteilen hatte ergeben, dass die Gestaltung des Wohnumfeldes für die Bewohner im Zweifel wichtiger ist als der Kontakt zu den Nachbarn. Bei der Gewaltprävention hat die Kooperation mit der Polizei für sie Priorität. Der Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten wurde als wenig sinnvoll eingeschätzt.

Weitere Artikel aus diesem Ressort

Region Hannover: Leinenzwang wegen Vogelgrippe-Fall

Kommentar über das Josef-Hospital: Unsensibler Umgang

Kommentar zum niedersächsischen Haushalt: Neuer Reichtum

Ministerin Rundt verleiht Gesundheitspreis 2016: Stärkung der Telemedizin

Prozess gegen Holocaust-Leugner muss ausgesetzt werden: Eklat im Gerichtssaal

Anzeige



**St.-Michaels-Heim
Jugendgästehaus...**
30,30 \$
Bestpreisgarantie Gehe zu
Booking.com



**'Ελληνας Ψυχολόγος -
Συνεδρίες με Skype για
'Ελληνες**
Δωρεάν η 1η αναννώριστική On Line

Bisher 0 Kommentare

[Eigenen Kommentar schreiben »](#)

Bitte [loggen Sie sich ein](#), um eigene Kommentare zu verfassen.

Noch nicht registriert? [Jetzt kostenlos registrieren »](#)

Diskutieren Sie über diesen Artikel